2.2 Partizipation und Bürgerengagement

Unser Konzept heißt: mehr Teilhabe und Mitgestaltungsmöglichkeiten. Unser Ziel ist mehr Partizipation und darauf gründend eine stärkere Identifikation aller mit unserer Stadt. In Städten drängen sich viele Unterschiede auf engem Raum. Frankfurt ist eine internationale Bürgerstadt, die nicht allein durch kulturelle Vielfalt geprägt ist, sondern auch durch eine große Spannbreite an Lebensstilen, Lebenswegen und Lebenssituationen. Menschen in unserer Stadt haben unterschiedliche Erfahrungen, Fähigkeiten, Überzeugungen und sprechen viele Sprachen. Unsere Demokratie lebt davon, im öffentlichen Leben und im privaten Miteinander niemanden auszugrenzen und mit Dissens, wenn er auftritt, transparent und konstruktiv umzugehen. Kommunale Selbstverwaltung verlangt, dass Menschen im Stande sind, ihre eigenen Angelegenheiten und unser Gemeinwesen zu gestalten. In einer modernen Bürgergesellschaft sind persönliches und organisiertes Engagement wichtige Partner von Politik und Verwaltung, wobei die Gleichbehandlung jedes/r Einzelnen sicherzustellen ist.

Ausgangssituation

Soziale, zivilgesellschaftliche und politische Partizipation setzen zweierlei voraus: das persönliche Engagement genauso wie die Chance zur Teilhabe. Wichtige Voraussetzungen sind außerdem der Zugang zu Bildung und zu Erwerbstätigkeit. Von Bedeutung für Möglichkeit und Umfang aktiver Partizipation ist darüber hinaus der Aufenthaltsstatus. Nicht nur deutsche Staatsangehörige, sondern alle Bürger der Europäischen Union genießen aktives und passives Kommunalwahlrecht. Das sind in Frankfurt über 80 % der Bevölkerung. Die betriebliche Mitbestimmung ist nicht an eine Staatsangehörigkeit gebunden, ebenso wenig die Mitarbeit in politischen Parteien oder Bürgerinitiativen. Die Hessische Gemeindeordnung sieht darüber hinaus die Wahl sog. Ausländerbeiräte vor.

Beispiel: Einbürgerungssaal des Standesamtes. Mit der festlichen Gestaltung des feierlichen Bekenntnisses zum Grundgesetz bei der Überreichung der Einbürgerungsurkunde – seit dem 01.07.2009 im neuen Einbürgerungssaal des Standesamtes – und mit den Einbürgerungsfeiern betont die Stadt Frankfurt am Main die besondere Bedeutung der Einbürgerung für die gesellschaftliche und politische Partizipation.

Handlungsmöglichkeiten für die Kommunen zur Erweiterung der gesellschaftlichen Partizipation von Migrantinnen und Migranten sieht die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände vor allem in der Unter-

stützung des Prozesses der kulturellen Öffnung der Institutionen und Vereine und der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Sie empfiehlt, in den kommunalen Integrationsstrategien das Engagement von Migrantinnen und Migranten und die mitgestaltende Einbeziehung ihrer eigenen Organisationen mit besonderem Stellenwert zu verankern.

Entwicklungen und mögliche Ansätze

Politische Partizipation

Offizielle Gremien und Organe der städtischen Integrationspolitik sind in Frankfurt am Main auf der Ebene der Stadtverordnetenversammlung der 'Stadtverordnetenausschuss für Bildung und Integration', auf der Ebene des Magistrats die 'Magistratskommission für Gleichberechtigung und Integration'. Frankfurter mit ausländischer Staatsangehörigkeit haben aktives und passives Wahlrecht bei den Wahlen zur 'Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV)'.

Beispiel: Die Kommunale Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV). In Frankfurt am Main fanden 1991 die ersten Wahlen für die Kommunale Ausländer- und Ausländerinnnenvertretung der Stadt Frankfurt am Main (KAV) statt. Die KAV berät die städtischen Gremien in allen Angelegenheiten, die ausländische Einwohner betreffen. Als ein in der Hessischen Gemeindeordnung verankertes politisches Gremium kann die KAV zugleich an einer Nahtstelle zwischen Stadtverordnetenversammlung und Verwaltung sowie zu ausländischen Personen und Vereinen arbeiten. Vertreter der KAV wirken auch in den Frankfurter Ortsbeiräten mit. Die KAV ist dabei ein Gremium, das außerhalb von Gemeindevorstand und Gemeindevertretung steht. Ihre Beschlüsse entfalten keine unmittelbare Wirksamkeit, die KAV hat lediglich eine beratende Funktion. Auf der Grundlage ihrer öffentlichen und demokratischen Legitimation kann die KAV in allen Bereichen Mängel feststellen, Anregungen und Anfragen formulieren und sich in allen Fragen konstruktiv und kritisch einbringen.

Eine aktive politische Partizipation aller Einwohner ist wünschenswert. In Frankfurt haben alle Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union aktives und passives Kommunalwahlrecht unabhängig von ihren Sprachkenntnissen. Die Einführung eines kommunalen Ausländerwahlrechts auch für Drittstaatsangehörige, wie es immer wieder in der Diskussion ist, erfordert eine Grundgesetzänderung durch den deutschen Bundestag. Aktive politische Mitgestaltung setzt außerdem Möglichkeiten voraus, wie sie einige Bürgerinnen und Bürger aufgrund ihrer Erwerbstätigkeit – z.B. durch Arbeitszeiten oder auch wegen Zweit- und Drittjobs zur Ergänzung des eigenen Lebensunterhalts –, aufgrund ihres Einsatzes für Familie, Freundeskreis und Nachbarschaft oder aufgrund einer anderen Lebenssituation nicht in ausreichendem Maße haben.

Zivilgesellschaftliche Partizipation

In Frankfurt besteht eine Vielzahl informeller und z.T. projektgebundener Arbeitsgruppen, vom Quartiersmanagement und der Stadteilentwicklung bis zu Elternvertretungen an Schulen und Kindergärten oder in Vereinen

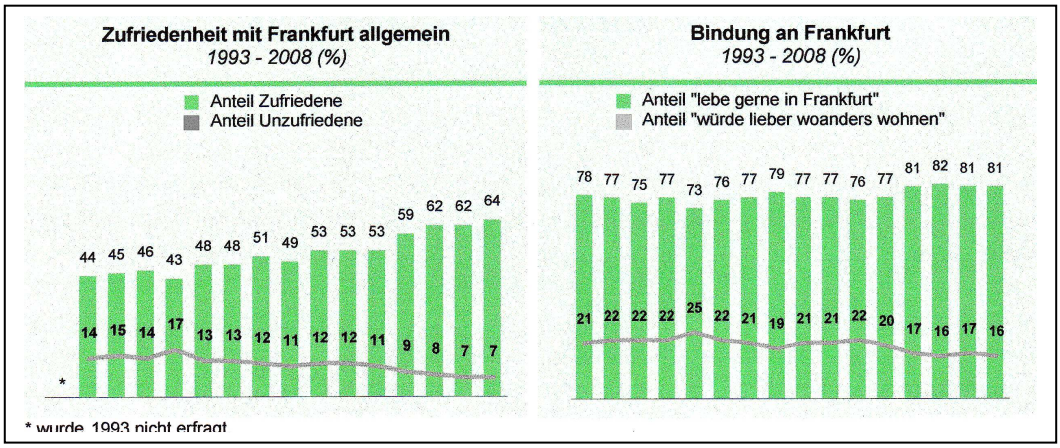

Abbildung 22: Quelle: Bürgeramt, Statistik und Wahlen

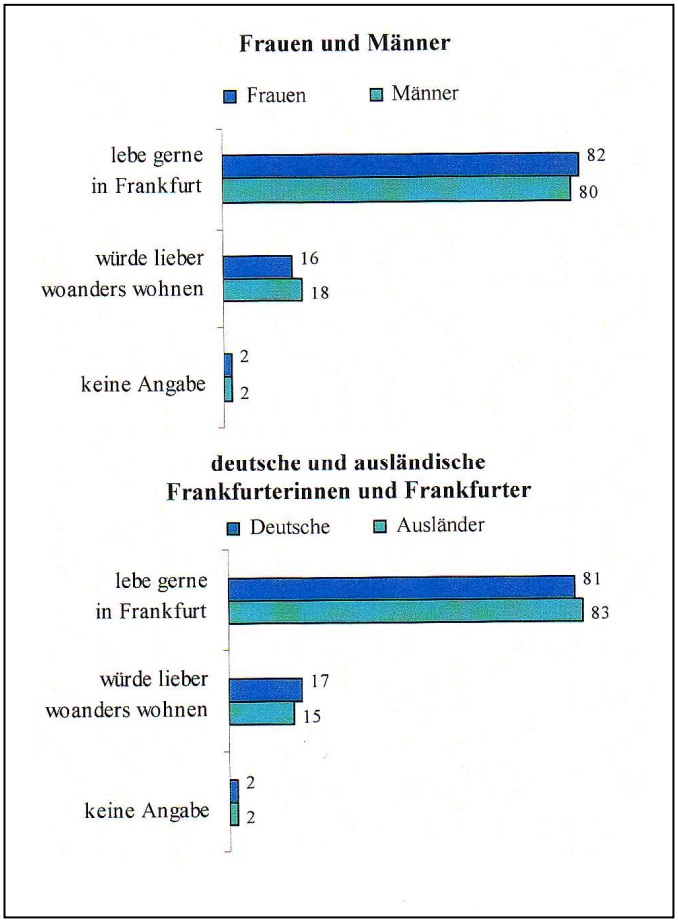

Abbildung 23: Quelle: Bürgeramt, Statistik und Wahlen, 2007

Die Unterscheidung zwischen ‚Deutschen' und ‚Ausländern' ist statistisch trennscharf, kann die Lebenswirklichkeit einer Stadt, in der 40% der Bevölkerung einen ‚Migrationshintergrund' haben, jedoch nicht abbilden.

und Nachbarschaftszirkeln. In zahlreichen Entscheidungsgremien sind Migrantinnen und Migranten und andere gesellschaftliche Gruppen jedoch noch immer sehr unterrepräsentiert.

Offenheit, gegenseitige Wertschätzung und Respekt sind gerade in einer internationalen Stadt wie Frankfurt zentrale Schlüsselkompetenzen, im beruflichen Alltag ebenso wie in der Nachbarschaft oder auf der Einkaufsstraße. Neben der Qualität des täglichen normalen Miteinanders ist von entscheidender Bedeutung, dass sich seine Vielfalt auch in den einzelnen Angeboten und Maßnahmen der kommunalen Integrationspolitik widerspiegelt. Dabei ist die Rolle der städtischen Politik und Verwaltung die eines Vorreiters und Impulsgebers; weder Politik noch Administration können auf Dauer an die Stelle des Eigenengagements der Einwohner unserer Stadt treten. Im Bemühen um die Öffnung der Stadtgesellschaft und die Förderung und Anerkennung zivilgesellschaftlichen Engagements geht die Stadt Frankfurt am Main viele Wege.

Beispiel: Welcome-Set und Multikultureller Ratgeber. Wesentlich mehr als nur eine Willkommensgeste ist mit dem „Welcome-Set“ verbunden, das jeder erhält, der sich im Bürgeramt neu anmeldet: In diesem Set finden sich neben attraktiven Broschüren und einem Gutscheinheft praktikable Materialien zur Erstinformation, die Neuankömmlingen ein schnelles und zielsicheres Zurechtfinden in der Stadt erleichtern und eine erste Orientierung über die wichtigsten Anlaufstellen ermöglichen. Bereits seit 1991 gibt das Amt für multikulturelle Angelegenheiten den multikulturellen Ratgeber heraus, seit 2008 online in Zusammenarbeit mit dem Onlinebüro der Stadt Frankfurt am Main. Neben seiner Funktion, hilfreiche Adressen von Selbsthilfe- und Beratungseinrichtungen, Behörden, Vereinen und Gremien bereitzustellen, die Anfragenden helfen, sich aktiv am sozialen, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Leben in Frankfurt zu beteiligen, dient der Online-Ratgeber als wichtiges Instrumentarium zur institutionellen Vernetzung von Organisationen.

Eine große gesellschaftliche Bedeutung kommt den Migrantenorganisationen zu. Derzeit sind in Frankfurt mehr als 300 Migrantenorganisationen aktiv. Ältere Studien beschreiben ihre Funktionen mit Orientierung, Unterstützung, Dienstleistung, Schutz, Pflege der Kultur der Herkunftsgesellschaft sowie mit einer Sozialisationsfunktion für die Nachfolgegeneration. Vereine und informelle Gruppen sind jedoch auch ein Ort der Auseinandersetzung mit den Anforderungen der Aufnahmegesellschaft, Identitätsstütze und Interessensvertretung. Als Beiträge zur gesellschaftlichen Integration und zur Diversifizierung der lokalen Dienstleistungen fanden ihre Aktivitäten und Angebote bislang noch zu wenig Beachtung. Darauf weisen neuere Studien hin, die bei den Migrantenorganisationen, die gleichfalls einem Generationswechsel und Veränderungsprozess unterliegen, Potentiale für den Integrationsprozess sehen und ihre Brücken- und Vermittlungsfunktion gegenüber der Aufnahmegesellschaft hervorheben. Verstärkte Beachtung findet auch die Tatsache, dass Migrantinnen und Migranten zunehmend in Migrantenvereinen und in anderen Organisationen gleichermaßen aktiv sind.

Beispiel: Neujahrsempfang für sog. Migrantenvereine im Kaisersaal. Der Magistrat der Stadt Frankfurt entrichtet für Migrantenorganisationen und in der Integration ehrenamtlich Engagierte einen besonderen Neu-

jahrsempfang am 21. März, dem Jahreswechsel in weiten Teilen der Welt. Zu diesem Anlass hat im Jahr 2009 die Integrationsdezernentin erstmals rund 150 Organisationen begrüßt und zur Kooperation eingeladen. Für die Teilnehmer war die Einladung in den Kaisersaal ebenfalls eine besondere Geste und eine neue Gelegenheit, auch untereinander ins Gespräch zu kommen.

Eine Reihe städtischer Ämter, wie das Amt für multikulturelle Angelegenheiten, das Frauenreferat, das Jugend- und Sozialamt, das Kulturamt und das Sportamt stellen Fördermittel für Migrantenvereine nach den allgemeinen Förderrichtlinien bereit. Nur die Förderrichtlinien des AmkA umfassen gezielt die interkulturelle Arbeit. Das AmkA steht mit nahezu allen Frankfurter Migrantenorganisationen in Kontakt und fördert im Durchschnitt jährlich zwischen 120 und 150 integrative und interkulturelle Projekte der Vereine. Voraussetzung für eine Unterstützung ist u.a., dass die Projekte der Förderung des Verständnisses zwischen den verschiedenen in Frankfurt zusammenlebenden Bevölkerungsgruppen und der Integration in die Stadtgesellschaft dienen. Im Rahmen seiner Vereinsberatung bietet das AmkA den Vereinen außer finanzieller Förderung auch beratende Unterstützung für geplante und laufende Projekte und Veranstaltungen an.

In einer Reihe von Projekten der Stadt Frankfurt wirken Migrantinnen und Migranten als Mediatoren, Multiplikatorinnen und Mitarbeiterinnen mit. Zu ihnen zählen u.a. die Projekte des AmkA „HIPPY“ (vgl. S. 117), „Ausbildungsorientierte Elternarbeit (AOE)“ (vgl. S. 124), „Polizei und Migranten im Dialog“ und die Stadtteilkonfliktvermittlung.

Beispiel: Integrationslotsenausbildung. Im Projekt „Integrationslotsenausbildung zur interkulturellen Öffnung der helfenden Verbände“ kooperieren das Hessische Ministerium für Arbeit, Familie und Gesundheit, der Hessische Jugendring, der Frankfurter Jugendring und das Amt für multikulturelle Angelegenheiten. Zur Ausbildung im Jahr 2009 haben sich – vermittelt durch das AmkA – erstmals auch junge Leute aus verschiedenen Frankfurter muslimischen Gruppen und Vereinen angemeldet. Auch der Nationale Integrationsplan der Bundesregierung empfiehlt, Migrantinnen und Migranten als sog. Integrationslotsen einzusetzen.

Ziel sollte es sein, ein mögliches Nebeneinander von Organisationen zugunsten gemeinsamer Mitgliedschaft zu überwinden. Zunehmend sind in den letzten Jahren Migrantinnen und Migranten – Kinder, Jugendliche und Erwachsene – allgemein ausgerichteten Vereinen und Verbänden beigetreten. Besonders großer Beliebtheit erfreuen sich u.a. die Sportvereine und die Kleingartenvereine. Gerade den Sportvereinen wird auch im Nationalen Integrationsplan eine große Bedeutung für die Integration zugeschrieben. Umgekehrt ist es eine Leistung vieler traditioneller Frankfurter Vereine, sich zunehmend für neue Mitglieder mit anderen Lebensgeschichten und Interessen zu öffnen, wenn auch die Aufnahmebereitschaft durchaus noch variiert. Eine ganze Reihe Frankfurter Vereine, die sich besonders um die Integration verdient gemacht haben, wurden in den letzten Jahren mit dem Frankfurter Integrationspreis ausgezeichnet. Auf der anderen Seite gibt es Vereine, die zwar gerne neue, andere Mitglieder aufnehmen würden, von

diesen aber noch nicht 'entdeckt' wurden. In der Unterstützung innovativer Angebote und Werbemaßnahmen liegt noch zukünftiges Potential.

Beispiel: Integrationspreis. Um das Engagement von Personen und innovativen Projekten zu würdigen, die sich im alltäglichen Leben um die Integration und gleichberechtigte Teilhabe von ausländischen Bürgerinnen und Bürgern besonders verdient gemacht haben und die für eine wechselseitige Anerkennung der Kulturen eintreten, verleiht der Magistrat jedes Jahr den mit 15.000 Euro dotierten Integrationspreis der Stadt Frankfurt.

In Frankfurt am Main gibt es eine große Bereitschaft von Bürgerinnen und Bürgern, sich in ihrer Freizeit für andere Menschen, für das Gemeinwesen in Vereinen und Institutionen ehrenamtlich zu engagieren. Ehrenamtliche Mitarbeit ist ein wichtiger Baustein in jeder Kommune. Mit dem „Frankfurter Nachweis über bürgerschaftliches Engagement" wird das ehrenamtliche, freiwillige und unentgeltliche Engagement in Frankfurt am Main anerkannt und gewürdigt. Als Zeichen des Dankes und der Anerkennung für besonderes bürgerschaftliches Engagement vergibt die Stadt Frankfurt am Main jedes Jahr 1.000 Ehrenamts-Cards. Über das Amt für multikulturelle Angelegenheiten erhalten die Frankfurter Migrantenvereine die entsprechenden Ausschreibungsunterlagen für ihre Bewerbungen. Das Referat 'Bürgerengagement – Ehrenamt und Stiftungen' berät über Möglichkeiten zur ehrenamtlichen Mitarbeit und gemeinnützigen Selbstorganisation und arbeitet als wichtige Kontakt- und Vernetzungsstelle zu Organisationen, Gruppen und Initiativen. Das Referat hat großes Interesse an einer Öffnung seiner Aktivitäten für Migrantinnen und Migranten und Migrantenorganisationen und arbeitet an diesbezüglichen Handlungsansätzen. Darüber hinaus sind in Frankfurt viele private Stiftungen in herausragender Weise und oft in Kooperation mit städtischen Stellen in Integrationsprojekten engagiert. Einige Projekte befassen sich gezielt mit der Unterstützung und Anerkennung der Arbeit einzelner Mitbürgerinnen und Mitbürger, gleich welcher Herkunft und Lebensgeschichte.

Beispiel: Bürgerakademie der Stiftung Polytechnische Gesellschaft. Angesichts der großen Vereins- und Stiftungsdichte in Frankfurt am Main hat die Stiftung Polytechnische Gesellschaft in Zusammenarbeit mit Frankfurter Ehrenamtsorganisationen und gefördert durch die Herbert-Quandt-Stiftung die Bürgerakademie Frankfurt ins Leben gerufen. Als Zeichen der Anerkennung stellt die Bürgerakademie für besonders aktive und engagierte Ehrenamtliche ein auf sie zugeschnittenes Angebot bereit, das die Teilnehmer auch untereinander vernetzen soll.

Viele Frankfurter sind in Vereinen oder auch informellen und temporären Gemeinschaften organisiert. Der Zusammenschluss vieler Migranten zu eingetragenen Vereinen stellt im Sinne einer institutionellen Anpassung eine nicht zu unterschätzende Integrationsleistung dar. Das AmkA fördert die Vereine durch Beratung und Unterstützung.

Religiöse Vielfalt

Zuwanderung, neue Lebensformen und gesellschaftliche Themen haben in Frankfurt auch Zahl, Mitgliederstruktur und Ausrichtung vieler Vereine und Gemeinschaften verändert und ausdifferenziert. Die Vertreter unterschiedlichster zivilgesellschaftlicher Vereinigungen sind wichtige Ansprechpartner für Politik und Verwaltung, die dabei nach dem Grundsatz der Gleichbehandlung verfahren und auch die Interessen nicht organisierter Bürgerinnen und Bürger zu berücksichtigen haben.

Beispielhaft deutlich wird die neue und komplexe Vielfalt gesellschaftlicher Gruppen an der gewachsenen Zahl und veränderten Zusammensetzung religiöser Gemeinden. Nicht nur die großen Weltreligionen sind in Frankfurt vertreten. Bekannt sind mindestens 150 unterschiedliche religiöse Gemeinden mit vielen, auf das Stadtgebiet verteilten Andachtsräumen. In Statistiken zur Religionszugehörigkeit addieren sich die Angehörigen der beiden christlichen Großkirchen inzwischen zu weniger als der Hälfte der Gesamtbevölkerung. Die Mehrheit der Frankfurter Bürger wird unter der Kategorie „Sonstige" – als Freireligiöse, christlich Orthodoxe, Muslime, Juden, Buddhisten, Hindus, Bahais und Sikhs – geführt. Dazu kommt die große Zahl derjenigen, die sich keiner Glaubensgemeinschaft zugehörig fühlen (vgl. Abbildung 24).

Gerade die großen in Frankfurt vertretenen Weltreligionen sind mittlerweile durch sehr unterschiedliche, zum Teil auch nationale Herkunftsbezüge geprägt. Dabei ist auch in Frankfurt eine bei Wanderungsprozessen generell auftretende Überrepräsentation von Klein- und Kleinstgruppen zu beobachten. Konversionen und Einbürgerungen erschweren Zuordnungen und Gewichtungen zusätzlich und zunehmend. Immer weniger sind eindeutige Korrelationen zwischen der Glaubenszugehörigkeit und nationalen Bezügen oder gar einem sozialem Status festzustellen. Gruppeninterne Pluralisierungs- und Individualisierungsprozesse sowie unterschiedliche Lebensauffassungen verschiedener Generationen kommen hinzu. In diesem nicht einfachen Spannungsfeld erbringen die Gemeinden sie beträchtliche Integrationsleistungen. Als symbolisch besetzte Gemeinschaften – und Orte im Stadtgebiet – dienen sie zugleich der Darstellung eines Selbstverständnisses, dessen Rückbezüge an andere kulturelle Zusammenhänge komplizierter geworden sind.

Die kontinuierliche, an den Bedürfnissen der Gemeinden orientierte Arbeit des AmkA von Beratung, Vermittlung, Aufklärung und Information hat erheblichen Anteil daran, dass Vereine und Gemeinden voneinander wissen und mit verschiedenen städtischen Behörden und weiteren Frankfurter Institutionen vernetzt sind. Die enge Kooperation des AmkA mit unterschiedlichen Vereinen und Gemeinden wirkt sich positiv auf viele andere Arbeitsfelder des Dezernats aus (wie z.B. Elternarbeit, Stadtteilarbeit und Konfliktmediation). Das AmkA bemüht sich, neue Akteure im Dialog einzubinden, wie z.B. Jugendliche und Frauen aus den Gemeinden sowie auf institutioneller Ebene verschiedene Ämter, Polizei und Verfassungsschutz. Dabei ist es ein Ziel Frankfurter Integrationspolitik, die Selbstorganisationskraft zivilgesellschaftlicher Institutionen zu fördern.

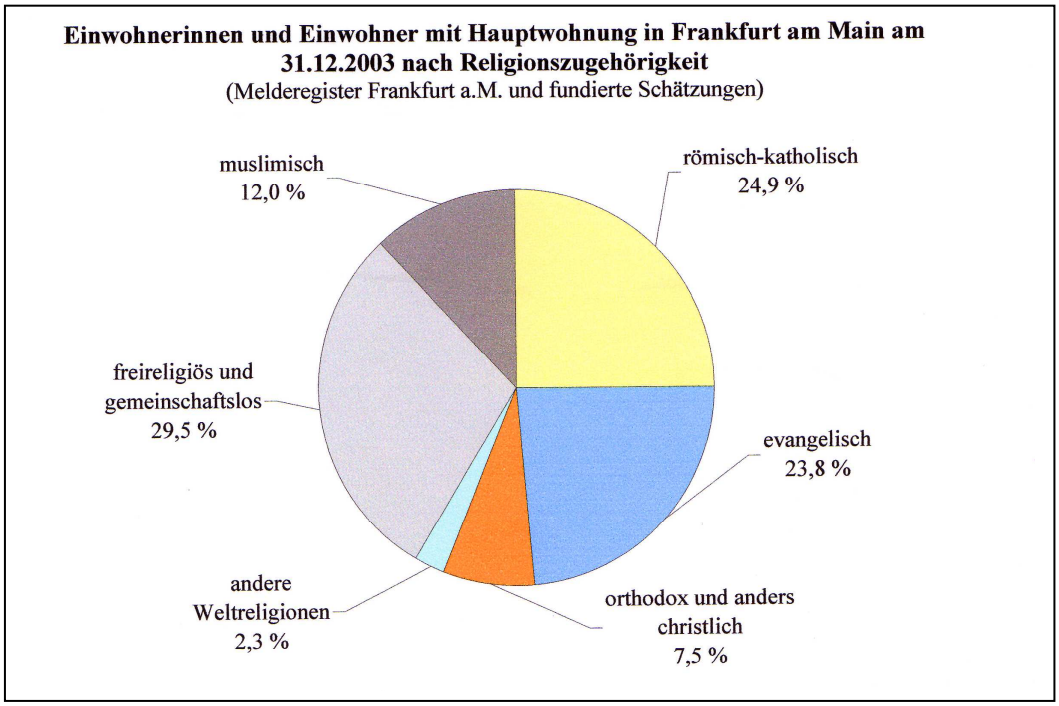

Abbildung 24: Quelle: Bürgeramt, Statistik und Wahlen

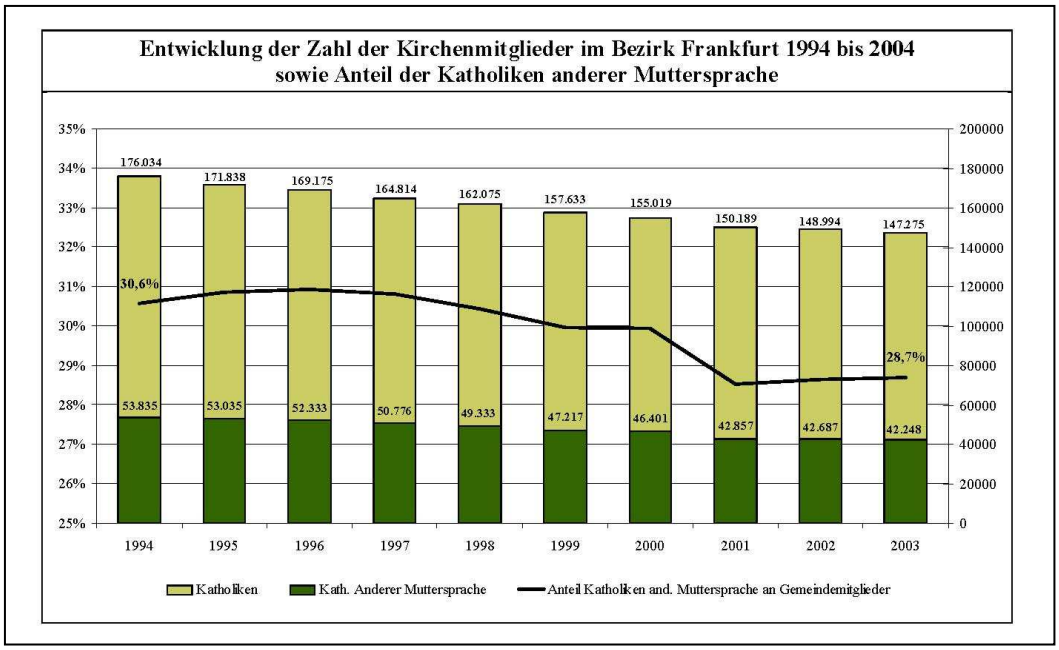

Abbildung 25:Quelle: Planungsreferat Bistum Limburg

Beispiel: Der Rat der Religionen. Der 2009 gegründete „Rat der Religionen Frankfurt“ umfasst als freiwilliger Zusammenschluss derzeit 23 gewählte Mitglieder aus allen großen Religionsgemeinschaften. Die Gründung wurde durch einen privaten Initiativkreis fünf Jahre lang vorbereitet und vom Dezernat für Integration nachhaltig unterstützt, mit dem Ziel einen selbständigen und gewichtigen Partner städtischer Integrationspolitik zu gewinnen. Selbstgesetzte Aufgabe des Rates ist der interreligiöse Dialog und die Kooperation in praktischen Fragen des öffentlichen Lebens auf der Grundlage des Grundgesetzes und des Verbots jeglicher Form der Diskriminierung. Der Verteilungsschlüssel der Mitglieder berücksichtigt einerseits die Vielfalt des Frankfurter Religionsspektrums und verhindert ein Übergewicht großer Religionsgemeinschaften durch deren freiwillige Selbstbeschränkung.

Es bleibt ein weiteres Ziel Frankfurter Integrationspolitik auf der Grundlage der Erklärungen der Stadtverordnetenversammlung zur weltoffenen Stadt Frankfurt, auch innerhalb der zivilgesellschaftlicher Institutionen und religiösen Gemeinden für Vielfalt, Toleranz zu werben und ggf. den Schutz von Minderheiten sicherzustellen.

Handlungsperspektiven zur Diskussion

Im Zentrum der Diskussion um Engagement und Partizipation steht die Frage, wie eine möglichst breite Beteiligung der vielfältigen Frankfurter Stadtbevölkerung am öffentlichen Leben erreicht werden kann. Integrationspolitisches Anliegen ist es dabei sicherzustellen, dass Menschen unterschiedlicher Herkunft, Lebenssituation und mit unterschiedlichen sozialen Status die gleichen Chancen zur gleichberechtigten Teilhabe haben.

Als erster Schritt zur Umsetzung des Integrations- und Diversitätskonzepts ist Erarbeitung eines Handlungsplans mit konkreten Handlungsansätzen durch themenzentrierter Steuerungsarbeitskreise vorgesehen. Ausgangsfragen für die Bereich der zivilgesellschaftlichen und politischen Partizipation und des bürgerlichen Engagements sind: Wie kann eine gleichberechtigte Teilnahme von Menschen unterschiedlicher Herkunft am öffentlichen Dialog, an Netzwerke und Initiativen sowie an Diskussions-, Entwicklungs- und Entscheidungsprozesse und in Mitbestimmungsgremien aller Art erreicht werden? Wie können Organisationen und Vereine dazu motiviert werden, sich für neue, andere Mitglieder und für eine daraus resultierende wachsende Vielstimmigkeit zu öffnen? Wie kann die Motivation zu bürgerschaftlichem Engagement gestärkt werden? Wie können bestehende Ansätze gebündelt, weiterentwickelt und auf unterschiedliche Bevölkerungsgruppen ausgeweitet werden? Wie kann die Beteiligung von Frauen erhöht werden? Welche zielgruppengerechten Informationen und Starthilfen können entwickelt werden?

Wir regen an übergreifende und kontroverse Themen, die verschiedene Milieus betreffen und ihr Engagement herausfordern, in den Mittelpunkt von Diskussionen, Veranstaltungen und Projekten zu stellen. Dabei sollten die Interessen und die stille Bereitschaft zum Engagement auch solcher Bürgerinnen und Bürger beachtet werden, die nicht in Vereinen und Verbänden organisiert sind oder Institutionen angehören.

Wir schlagen vor, in diesem Prozess die Selbstorganisation, z.B. für Projekte, in Vereinen, in Bürgerinitiativen von städtischer Seite beratend zu fördern, sowie innovative und vor allem gemeinsame Vorhaben gezielt zu unterstützen. Wir schlagen weiterhin vor, Weiterbildungsangebote für ehrenamtliches Engagement nicht nur zu intensivieren sondern auf unterschiedliche Zielgruppen auszuweiten und gegebenenfalls zuzuschneiden. Stadtweit und in den Stadtteilen sollte, so unser Vorschlag, auf neue Weise für eine Teilnahme an Gremiensitzungen und Entscheidungsprozessen geworben werden, vorhandene Möglichkeiten sollten stärker kommuniziert und gegebenenfalls neue Anlässe oder Anlaufstellen geschaffen werden.

Ein Schlüssel bei allen Fragen der politischen Partizipation von Migrantinnen und Migranten liegt im Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft. Dabei halten wir eine vermehrte Hinnahme von Doppelstaatsbürgerschaft für erforderlich. Wir regen darüber hinaus an, Maßnahmen für eine vermehrte Beteiligung an den Wahlen zur Kommunalen Ausländervertretung zu prüfen sowie die öffentliche Bekanntheit und Wirksamkeit dieses Gremiums zu fördern.

Wie sieht KUBI die berufliche Integration von Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit und ohne Migrationshintergrund?

Arif Arslaner

Die Arbeitswirklichkeit unterliegt tief greifenden Veränderungen, die in den letzten Jahren noch an Geschwindigkeit zugenommen haben. Der Strukturwandel zum einen aber auch die demografische Entwicklung fordern junge Erwachsene, Beschäftige, Unternehmen und die Politik heraus. Für junge Menschen bedeutet dies konkret: sie müssen in dieser schwierigen Zeit eine immens wichtige Phase in ihrer Biografie bewältigen. Sie müssen den Übergang von Schule in die Berufswelt schaffen. Dafür brauchen sie Kompetenzen und Qualifikationen, mit denen sie die persönlichen und beruflichen Herausforderungen bewältigen können. Bei der Bewältigung dieser Herausforderungen brauchen sie unsere Unterstützung. Daher sieht KUBI die Befähigung jedes einzelnen Schülers zu eigenverantwortlich handelnden Persönlichkeiten als ein gesellschaftspolitisches Ziel an.

Auch wenn es geräuschlos und oft unbemerkt vonstatten geht: Kinder und Jugendliche werden durch die Leistungen der Jugendhilfe nachweislich in ihrer persönlichen Entwicklung und ihrer Einbindung in die Gesellschaft gestärkt. Das gelingt insbesondere dann, wenn zum einen Kinder und Jugendliche konsequent als aktive Akteure in Maßnahmen verstanden werden. Zum anderen – und hier sind alle relevanten Akteure gefordert – müssen Hilfen auch die an ihnen gestellten Anforderungen genügen. Dazu zählt auch die Überprüfbarkeit der Wirksamkeit solcher Maßnahmen.

Eine weitere Herausforderung in diesem Zusammenhang ist zweifelsohne die berufliche Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Frankfurt gehört zu den Städten mit der höchsten Migrantenbevölkerung in Deutschland.

Schauen wir uns den schulischen und beruflichen Werdegang von jungen Menschen mit Migrationshintergrund (oder Migrationserfahrung) an, so sehen wir, dass hier gravierende Unterschiede bestehen. Ein sehr hoher Anteil (40%) findet keinen Ausbildungsplatz, Abitur machen bundesweit etwa nur 8% (in Frankfurt sind es 14,9%). Konsequenterweise führt dies dazu, dass der Niedriglohnsektor von ebengerade diesen jungen Menschen besetzt wird – wenn sie denn überhaupt in ein geregeltes Arbeitsleben finden.

Und schauen wir weiter in die Zukunft: 65% der 5-jährigen in Frankfurt am Main haben einen Migrationshintergrund. Dies wird für die Stadt selbst gravierende Auswirkungen haben. Dass daraus sich erhöhte Anforderungen an das Bildungssystem und an die pädagogischen Fachkräfte ergeben, ist nur zu offensichtlich. Und dass die Qualität ihrer Arbeit für die soziale Integration in Frankfurt maßgeblich ist, kann auch keiner in Abrede stellen. Denn für die Stadt und für ihre Menschen wird entscheidend sein, inwieweit diese Personengruppe mit der hiesigen Arbeitswelt verwoben sein wird. Erfolgreiche berufliche Integration heißt, in qualifizierten Berufen des Dienstleistungsbereichs zu arbeiten und eine Perspektive für eine berufliche Aufwärtsmobilität zu haben. Dafür sind aber die oben beschriebenen Maßnahmen nicht ausreichend.

Noch einmal zu den Zahlen und ihren Auswirkungen: Die Mehrheit der jungen Frankfurter haben Migrationserfahrung. Unser Bildungssystem schafft es nicht, diese in Ausbildungsverhältnisse und in qualifizierte Berufe zu überführen. Alle

gesellschaftlichen Kräfte müssen gemeinsam klären, ob unsere heutigen Instrumente und Konzepte für die Herausforderungen von morgen ausreichen. Und hier hat KUBI eine klare Meinung: Sie reichen nicht aus. Wir müssen bereit sein, manch lieb gewonnene Ideologie über Bord zu werfen. Dazu brauchen wir nicht weniger als einen Paradigmenwechsel, das auf Morgen geeicht ist. Innovative Ideen und deren intelligente Umsetzung muss unser aller Anspruch sein. Dies schaffen wir nur, wenn wir eine entsprechend innere Haltung an den Tag legen. Alle relevanten Akteure – Schule, Schüler, Eltern, Kammern, Bildungsträger, Arbeitsagenturen – müssen sich gemeinsam dieser Sache annehmen und den jeweils anderen als einen Kooperationspartner sehen. Zum anderen ist ebenso wichtig, dass die innere Haltung von Offenheit und Neugier geprägt ist. Das Schärfen der Sinne für Unbekanntes, das Bemühen um unvoreingenommene und neue Betrachtungsweisen bringen uns auf neu Ideen, die Grundlagen für neue Konzepte und Entwürfe sein werden.

Aus dieser Betrachtungsweise ergeben sich zudem weitergehende Konsequenzen, die politischer Natur sind und formuliert werden müssen. Die Aussage seitens KUBI lautet hier: mehr Partizipation! Menschen mit Migrationshintergrund sind in wichtigen Gremien, (Jugend)ausschüssen und an anderen wichtigen Organen deutlich unterrepräsentiert. In Entscheidungsfindungen und Aushandlungsprozesse sind sie oft nicht eingebunden. Interessen großer Bevölkerungsgruppen werden nicht ausreichend vertreten. Junge Migranten, die sich beispielsweise sehr wohl mit ihrer Stadt identifizieren können und wollen, fühlen sich – zu Recht – nicht entsprechend vertreten. Partizipation am gesellschaftlichen Leben heißt neben Teilhabe auch Mitbestimmung und Einbindung in Entscheidungsprozesse. Die Vertretung der Interessen in ebendiesen Gremien und Ausschüssen ist eine unabkömmliche Beteiligungsform in modernen Demokratien. Die direkte und indirekte Beteiligung der Menschen am gesellschaftlichen Leben schafft bei den Menschen Vertrauen – egal was für einen Hintergrund sie haben mögen. Vertrauen ist die Voraussetzung für Integration und Identifikation.

Integration fordert aber alle Seiten. Für alle Menschen – egal welcher Herkunft sie sind und welchen Status sie haben – gilt, sich diesen Herausforderungen anzunehmen und sich damit intensiv auseinanderzusetzen. Zudem gilt es auch, ganz klar und unmissverständlich, auf das hier geltende Wertesystem und Grundordnung hinzuweisen und die Einhaltung deren von allen einzufordern. Toleranz und Achtung gegenüber Anderen, die Gleichstellung von Mann und Frau, die unveräußerlichen Rechte des Individuums, die Religionsfreiheit sind nur einige Merkmale des Wertesystems unserer Gesellschaft. Die uneingeschränkte Geltung dieser Werte muss immer und überall kommuniziert werden.

Arif Arslaner ist Geschäftsführer von KUBi – Verein für Kultur und Bildung e.V.
in Frankfurt am Main.